

10. / 11. 1918

### Payer über den Ausbau des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Vizekanzler v. Payer hat in einem Gespräch mit dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ folgende Anschauungen über die Ausgestaltung des deutsch-österreichischen Bündnisses entwickelt:

Die Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sollen bekanntlich in nächster Zeit beginnen. Ich nehme an, daß von beiden Seiten alles geschieht, um sie zu einem baldigen Abschluß zu bringen. Ein solcher würde das Zustandekommen des Friedens beschleunigen, weil er die Hoffnung unserer Feinde beseitigen würde, Zwietracht zwischen uns zu säen. Er ist auch dringend geboten, weil wir bei den Friedensverhandlungen stärker sein werden, wenn wir einheitlich unseren Feinden gegenüber treten können.

Die bisherige Form des Bündnisses genügt nicht. Weil es sich um Lebensfragen Deutschlands wie Oesterreich-Ungarns handelt, darf die Fortdauer des Bündnisses nicht immer wieder von den Stimmungen bei jeweiligem Ablauf einer kurzen Vertragsdauer abhängig sein; die Lebensgemeinschaft muß eine so innerliche werden, daß der Gedanke an eine Trennung sachlich ausgeschlossen ist, gleichgültig, ob man den Vertrag nach herkömmlicher Formel etwa auf ewig oder ob man ihn auf eine lange Reihe von Jahren schließt.

Das Schwergewicht des Bündnisses muß jetzt auf den wirtschaftlichen Anschluß gelegt werden. Ein Zusammenschließen auf diesem Gebiete ist aussichtsreich, weil die natürlichen Voraussetzungen für ein solches gegeben sind. Die bestehenden Grenzen sind vielfach mehr historische als wirtschaftliche. Das Stück Welt, das den verbündeten Reichen gehört, ist groß genug und nach außen hin deutlich genug abgeschlossen, um eine weitgehende Unabhängigkeit vom Auslande zu ermöglichen und den einzelnen Teilen gegenseitig fast alles zu bieten, was sie wirtschaftlich brauchen. Vor allem wird ein so großes und so reiches Gebiet seinen Einwohnern die nötigen Nahrungsmittel, seiner Industrie Kohlen und Erze genügend liefern. Das Absatzgebiet für die Industrie ist innerhalb eines solchen Bündnisses selbst schon ein viel umfassendes. Alle diese Vorteile werden sich vermehren, wenn sich den verbündeten Reichen in irgendeiner Art Polen und die nördlichen Randstaaten wirtschaftlich anschließen. Sie wachsen ins Ungemessene, wenn sich etwa in loserer Form auch Bulgarien, Rumänien und vielleicht die Türkei beteiligen.

Das System der gewöhnlichen Handelsverträge auf kurze Dauer kann schon deshalb nicht in Frage kommen, weil wir nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch verbündet sein wollen, und die Vorteile, die wir uns dabei gegenseitig auch handelspolitisch gewähren müssen, unmöglich etwa auf Grund der Meistbegünstigungsklausel anderen Staaten gleichfalls gewähren können, die uns sonst im Leben der Völker gleichgültig, vielleicht feindselig gegenüberstehen. Hand in Hand mit dem allmählichen Verschwinden der Zollgrenzen muß eine Vereinheitlichung oder weitgehende Annäherung der wirtschaftlichen Gesetzgebung, vor allem in Hinsicht auf Handel und Gewerbe und auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterfürsorge gehen. Gewisse Formen der indirekten Besteuerung müssen gleichmäßig gestaltet werden.

Der zu schaffende Bündnisvertrag kann einschließlich der wirtschaftlichen Vereinbarungen nur auf Gegenseitigkeit beruhen. Er wird wieder durchaus nur Verteidigungs-, nicht Angriffszwecken dienen. Jedes Reich mag in seinen inneren Angelegenheiten nach seinem Gutdünken schalten und walten. Daß eine gegenseitige Rücksichtnahme, ein einheitliches Auftreten in der Stellung zu den auswärtigen Fragen erforderlich ist, liegt in der Natur der Sache.

Unterstützt werden muß das politische Zusammengehen durch eine Verständigung über die militärischen Fragen. Mit jeder politischen und wirtschaftlichen Annäherung, die zwischen dem neuen Bund und den vom Drucke Rußlands befreiten Balkanstaaten oder gar der Türkei stattfindet, vermehrt sich das Schwergewicht des Blockes und damit die Garantie des Friedens noch weiter.